

ATOMLAGER ASSE

15.01.2010

Strahlender Müll soll wieder ausgegraben werden

Der Vorstoß von Umweltminister Röttgen zur Asse-Sanierung schlägt hohe Wellen: Vielfach wird die Bergung der Fässer begünstigt, jedoch kommt eine Diskussion über die Beteiligung der Atomwirtschaft an den Kosten auf. Eine Möglichkeit um an Geld zu kommen könnte eine Abgabe auf den Kernbrennstoff Uran sein.



Bergmann in der Asse:
Atommüll soll wieder ans
Tageslicht. Quelle: ap

HB HANNOVER/KÖLN. Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) will den Atommüll aus dem einsturzgefährdeten Endlager Asse bei Wolfenbüttel herausholen. Vor der endgültigen Entscheidung darüber soll der radioaktive Abfall nach einem Bericht der "Braunschweiger Zeitung" (Freitag) aber genauer untersucht werden. Erst dann könne das unterirdische Lager mit möglichst geringem Risiko stillgelegt werden, sagte Röttgen der Zeitung. Das Gutachten des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) sollte am Freitagmittag in Hannover vorgestellt werden.

Das BfS hatte drei Stilllegungsoptionen erarbeitet. Die Behörde rät der Politik zu größter Eile, da die Grube instabil ist und Wasser eindringt. Mit den Arbeiten solle so schnell wie möglich begonnen werden. In einem Gutachten des Essener Ingenieur- und Consultingunternehmens DMT und des TÜV Nord werden die Kosten mit mehr als zweieinhalb Mrd. Euro beziffert. Experten hatten insgesamt drei verschiedene Wege zur Stilllegung des ehemaligen Salzbergwerks Asse geprüft - das Herausholen der Atommüll-Fässer, eine Umlagerung innerhalb der Grube oder das Füllen der Kammern.

Die 126 000 Fässer mit leicht- und mittelradioaktivem Atommüll könnten in den 20 Kilometer entfernten Schacht Konrad, einem stillgelegten Eisenerz-Bergwerk in Salzgitter, gebracht werden, berichtet der "Kölner Stadt-Anzeiger" (Freitag).

Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) hat die Pläne zur Öffnung des einsturzgefährdeten Atommüll- Endlagers Asse begrüßt. "Wir hoffen, dass dieser Weg glückt, dass er machbar ist", sagte Wulff am Freitag in Berlin. Er sagte die Unterstützung der niedersächsischen Landesregierung zu und betonte zugleich: "Man soll aber nicht den Eindruck erwecken, das sei schon die Lösung des Problems." Das Lager bei Wolfenbüttel ist marode.

Die Sozialdemokraten forderten Umweltminister Röttgen zur Stellungnahme im Bundestag auf: "Nur durch ein deutliches Statement des Bundesumweltministers kann für die besorgten Anlieger ein Zeichen für einen klaren und transparenten Kurs im Umgang mit den strahlenden Altlasten der Atomwirtschaft gesetzt werden", sagte der umweltpolitische Sprecher der SPD - Bundestagsfraktion, Matthias Miersch, am Freitag laut Mitteilung. "In dieser Sache darf keine Zeit mehr verloren gehen."

Unterdessen gibt es Streit darüber, wer die Kosten der Sanierung tragen soll. Die SPD wolle eine

Brennelemente-Steuer einführen und dazu in Kürze einen Gesetzentwurf im Bundestag einbringen, sagte der Vize-Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ulrich Kelber, am Freitag der Deutschen Presse-Agentur dpa. Damit würde der Atomstrom um 0,6 Cent pro Kilowattstunde teurer. Da aber der Strompreis an der Börse durch teurere Kraftwerke bestimmt werde, "senkt diese Brennelemente-Steuer nur die Gewinne der Atomkonzerne, ohne Auswirkungen auf den Strompreis zu haben".

Mit der Uran-Besteuerung werde der Staat zunächst knapp eine Milliarde Euro pro Jahr einnehmen, berichtete Kelber. Damit könnten die Kosten für die Sanierung der Asse, aber auch des Einlagerungs-Standorts Morsleben in Sachsen-Anhalt bezahlt werden. "Anders als CDU/CSU und FDP lehnen wir eine Bezahlung dieser Kosten durch die Allgemeinheit ab."

An den Kosten der Bergung der Fässer und ihrer künftigen Lagerung müssen sich nach Ansicht der Umweltorganisation Greenpeace die Stromkonzerne als Hauptverursacher beteiligen. "Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung mit den Stromkonzernen über eine Laufzeitverlängerung für alte Atomkraftwerke und damit über ein weiteres Anwachsen des Atommüllberges spricht, während nicht einmal die Altschulden beglichen sind", sagte Greenpeace Atomphysiker Heinz Smital.

Andere Umweltschützer haben vor einer übereilten Entscheidung zur Schließung des einsturzgefährdeten Atommülllagers Asse bei Wolfenbüttel gewarnt. Die Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, in deren Region Gorleben als möglicher Standort für ein Atommüll-Endlager liegt, begrüßte grundsätzlich die Entscheidung, den Atommüll aus der Asse herauszuholen. Da der Zustand der Fässer und das radioaktive Inventar unter Tage aber noch nicht geklärt seien, sollte es keine übereilten Maßnahmen geben. Das Bundesamt für Strahlenschutz aber „drückt aufs Tempo statt die Fragen abzuarbeiten“, kritisierte die BI am Freitag.

© 2009 ECONOMY.ONE GmbH - ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: Content Sales Center | Sitemap | Archiv | Schlagzeilen

Powered by Interactive Data Managed Solutions

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende Nutzungshinweise, die Datenschutzerklärung und das Impressum.